



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

210212 Rede zur Atomaren Abrüstung

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die letzte Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungspaktes ist 2015 ohne Ergebnis zu Ende gegangen. Die Atomstaaten haben seit Jahren versagt, wenn es darum geht, ihren Abrüstungsverpflichtungen nach Artikel VI nachzukommen. Auch die nukleare Teilhabe ist mit dem NPT nicht vereinbar, da Deutschland im Einsatzfall die unmittelbare Verfügungsgewalt über Atomwaffen erhält, obwohl der Vertrag das ausdrücklich untersagt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Ob Nichtverbreitungs-, Verbotsvertrag oder Abzug der Atomwaffen aus Deutschland – im Kern geht es jedes Mal um den Irrglauben an die nukleare Abschreckung, an das Gleichgewicht des Schreckens, das uns angeblich Frieden und Stabilität verschafft. Schon in der letzten Sitzungswoche hatte ich an dieser Stelle in der Debatte darauf hingewiesen, wie absurd die Vorstellung ist, dass deutsche Piloten Atomwaffen Richtung Osten transportieren, um sie dort abzuwerfen und dadurch Tausende Menschen zu töten und alles über Generationen zu verseuchen.

Im Protokoll finden Sie an dieser Stelle die Zwischenrufe vom Kollegen Lambsdorff und Kollegen Otte: „Unsinn!“ und „Wieder so ein Quatsch!“. Was wollten Sie wohl damit meinen?

(Alexander Graf Lambsdorff [FDP]: Sie wollen das ja auch nicht verstehen!)

Wollten Sie mir damit etwa recht geben?

(Alexander Graf Lambsdorff [FDP]: Nein!)

Was glauben Sie denn, wozu wir diese Flugzeuge brauchen, und warum die Luftwaffe diese Fähigkeit jedes Jahr üben muss?

(Alexander Graf Lambsdorff [FDP]: Damit sie nicht eingesetzt werden müssen, Frau Keul!)

– Ja, wenn dieses Szenario auch aus Ihrer Sicht Quatsch ist, Herr Kollege, dann lassen Sie uns doch bitte das Risiko beenden, die Kosten sparen und die Atomwaffen aus Büchel abziehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Lassen Sie uns endlich mit den Russen über den Abzug substrategischer Atomwaffen aus ganz Europa verhandeln. Und ja, dazu wird man auch über die Raketenabwehr reden müssen. Wer jemals ernsthaft an das Gleichgewicht des Schreckens geglaubt hat, hätte mit der Raketenabwehr niemals anfangen dürfen. Sie ist nicht mal so effektiv, dass sie wirklich einen Atomschlag abwehren könnte. Dafür zahlen wir aber einen hohen Preis; denn Missile Defence dient der russischen Seite als Rechtfertigung für die Entwicklung von Hyperschallraketen, die nicht erfasst werden können, und hat auch ihren Anteil am Scheitern des INF-Vertrages. Diese Aufrüstungsspirale im Nuklearbereich ist schlicht Wahnsinn.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Und das geht über Quatsch noch weit hinaus, liebe Kollegen von der FDP und der CDU.

Jetzt haben wir aber eine neue US-Regierung, die tatsächlich neu verhandeln will, und zwar über alle Atomwaffen insgesamt. Die Verlängerung von New START war da schon mal ein guter Anfang. Die Biden-Regierung wäre sogar bereit, einen Erstschlagverzicht zu erklären, die sogenannte No-First-Use-Policy, und zwar unabhängig von der russischen Seite.

Aber jetzt raten Sie mal, wer da bremst und Bedenken hat? Die Bundesregierung hat Sorge, dass dies den nuklearen Schutzschirm schwächen könnte. Also, das ist doch echt der Gipfel der Heuchelei!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN – Heike Hänsel [DIE LINKE]: Unerhört!)

Ständig schöne Worte und Konferenzen zum gemeinsamen Ziel einer nuklearfreien Welt, und dann klammert man sich an einen nuklearen Schutzschirm, wenn die US-Regierung mal ein vernünftiges Zeichen setzen will!

(Alexander Graf Lambsdorff [FDP]: Wenn Sie eine massive nukleare Aufrüstung wollen, müssen Sie das befürworten!)

Für die Bevölkerung wäre jeder Atomwaffeneinsatz eine verheerende Katastrophe, und die deutsche Bundesregierung verhindert einen Erstschlagverzicht durch die USA? Es sind gar nicht immer die anderen, hinter

denen sich die Bundesregierung versteckt. Sie ist es teilweise selbst, die auf der Bremse steht. Das muss sich und das wird sich ändern.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Nikolas Löbel für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)